



Rundbrief Januar III 2024

DPG-Zoom Veranstaltungen

Vorträge und Diskussion mit Experten
zur aktuellen Lage im Gazastreifen und
in den besetzten Gebieten



Dr. Munther Isaac
Bethlehem/Palästina
Montag
19.02.2024
19:30 Uhr



Riad Othman
medico
Montag
18.03.2024
19:30 Uhr



Prof. Norman Paech
Völkerrechtler
Montag
22.04.2024
19:30 Uhr

Finanzierung des UNRWA stark gefährdet

Auf das Schärfste verurteilt die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V. (DPG) die Kürzung der humanitären Hilfe der International UN-Hilfsorganisation UNRWA, auf die alle palästinensischen Flüchtlinge angewiesen sind. Gerade jetzt benötigt die notleidende und unter ständiger Bombardierung der israelischen Armee bedrohte Zivilbevölkerung im Gazastreifen diese Hilfe. Dass die UNRWA ein Dorn im Auge der israelischen Regierung ist, ist längst bekannt. Auf Veranlassung des israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu hat der ehemalige US-Präsident Donald Trump die Finanzierung während seiner Amtszeit gestoppt. Israel hat sich stets für Beendigung dieser Hilfe eingesetzt, nur um das Problem der palästinensischen Flüchtlinge einseitig zu beenden.

Die DPG verurteilte die erneute Entscheidung der Vereinigten Staaten und einiger westlicher Länder, die diese finanzielle Unterstützung des Internationalen Hilfswerks einzustellen und warnt Deutschland, diesem Druck nachzugeben. Israel verdächtigt zwölf UNRWA-Mitarbeiter an dem Hamas-Angriff vom 7. Oktober beteiligt gewesen zu sein. Und prompt kommen Israel

befreundete Staaten und frieren ihre Beiträge ein. Damit verfolgt Israel und seine Verbündete erneut eine Kollektivstrafe gegen die gesamte palästinensische Zivilbevölkerung.

Die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V. ist der Überzeugung, dass Israel nur ein Ziel verfolgt, dem palästinensischen Volk zu schaden und es vor der Weltöffentlichkeit als Verbrecher und Terroristen darzustellen. Im Zuge der Anklage Südafrikas gegen Israel vor dem Internationalen Gerichtshof wurde Israel gerade einige Tage zuvor aufgefordert, die genehmigte Bereitstellung grundlegender Dienstleistungen und humanitärer Hilfe für die Palästinenser nicht zu verhindern und alles zu unternehmen, um die Versorgung der leidenden Zivilbevölkerung im Gazastreifen mit Nahrung und Medizin zu gewährleisten.

Die DPG fordert alle Länder, die die Mittel für das UNRWA gekürzt haben, auf, ihre Entscheidung sofort rückgängig zu machen und stattdessen Sanktionen gegen die israelischen Angriffe zu verhängen, bei denen einhundertzwei UNRWA-Mitarbeiter während der Erfüllung ihrer humanitären Pflichten getötet wurden.

Nazih Musharbash

UNRWA

Das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina im Nahen Osten, englisch UNRWA (United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East) ist ein Hilfsprogramm der Vereinten Nationen das seit seiner Gründung 1949 regelmäßig um drei Jahre verlängert wurde (zuletzt im Dezember 2022). Die Hauptsitze des Hilfswerkes sind in Gaza und Amman. UNRWA hat den Auftrag, registrierten Palästina-Flüchtlingen Unterstützung und Schutz zu gewähren. Die Tätigkeitsfelder der UNRWA umfassen Bildung, medizinische Versorgung, Hilfs- und Sozialdienste, Lagerinfrastruktur und -verbesserung, Kleinkredite, Schutz und humanitäre Hilfe.

Gaza: Anzeichen für Kriegsverbrechen Arabische Kritik an der Doppelmoral – Deutschland und der Krieg in Nahost

18.01.2024 - Ali Amro- © Qantara.de 202



In Jemens Hauptstadt Sanaa protestieren Menschen am 5. Januar für ein Ende der israelischen Angriffe im Gazastreifen. (Foto: Mohammed Huwais/AFP)

Für die arabische Welt war Deutschland ein Vorbild. Das hat sich geändert, seit die israelische Armee im Krieg gegen die Hamas Tausende Zivilisten getötet hat – und von deutschen Politikern kaum Protest zu hören ist.

Essay von [Amro Ali](#)

Zwischen [Deutschland](#) und der arabischen Welt gab es schon immer einen seltsamen, unausgesprochenen Pakt. Die Araber empörten sich weniger über die deutsche Unterstützung

für [Israel](#) als über jene der [USA](#) und [Großbritanniens](#). Das lag auch an der verbreiteten Ansicht, dass Deutschland wegen seiner historischen Schuld gar nicht anders könne.

Arabische Regierungen und ihre Öffentlichkeiten waren Deutschland eher freundlich gesinnt. Deutschland konnte sich darauf berufen, dass es nie arabische Länder [kolonisiert](#) hatte. Deutschlands dunkle Vergangenheit ging an der arabischen Welt vorbei, mit Ausnahme der Invasion in Nordafrika im Zweiten Weltkrieg. Und wenn man mit Westdeutschland unzufrieden war, gab es immer noch die DDR. Man konnte das Deutschland seiner Wahl mögen.

Auch im wiedervereinigten Deutschland blieb das so. Man nahm wohlwollend auf, dass Berlin sich 2003 einer Beteiligung am [Irakkrieg](#) widersetzte. Der Anblick syrischer Geflüchteter, die 2015 an deutschen Bahnhöfen willkommen geheißen wurden, erwärmte die arabische Öffentlichkeit noch mehr für Deutschland, die den Kontrast zur Misshandlung von Syrern durch ihre eigenen Regierungen sah.



Palästinenser warten im südlichen Gazastreifen auf Lebensmittelspenden. Tausende Zivilisten wurden getötet und fast zwei Millionen Menschen aus ihren Häusern vertrieben. (Foto: Mohammed Talatene/picture alliance/dpa)

Mercedes, Goethe-Institut und Rucksacktouristen

Man sah Deutschland durch seine Mercedes-Autos, die die Straßen von [Kuwait](#) verstopfen, durch das Goethe-Institut, das zwischen den Bäumen von Alexandria hervorragt, oder durch freundliche Rucksacktouristen, die im Libanongebirge wandern gehen. Der Aufstieg der extremen Rechten in Deutschland wurde im arabischen Ausland kaum wahrgenommen.

Dann geschahen die entsetzlichen Massaker und Entführungen der [Hamas](#) am 7. Oktober, und Israel begann als Reaktion darauf, den [Gazastreifen](#) mit Flächenbombardements zu überziehen, ließ die Bewohner hungern, tötete Tausende von Zivilisten und vertrieb fast zwei Millionen Menschen aus ihren Häusern. Es wurde schnell klar, dass dieser Krieg weit über Selbstverteidigung hinausgeht. Aber Deutschland verlor jede Nuance mit seiner einseitigen Unterstützung Israels, was im krassen Widerspruch zur Realität und zur grundlegenden menschlichen Empathie steht.

Wenn das deutsche Außenministerium nicht gerade die »humanitären« Maßnahmen Israels lobt, bezeichnet es diesen katastrophalen Krieg mit Tausenden getöteten Kindern als »die Lage

im [Nahen Osten](#)«. Als ob es sich um nichts Weiteres als um eine Verspätung der Deutschen Bahn handelt.

Wo bleiben die Grautöne?

In der deutschen Debatte über den Krieg im Nahen Osten fehlt es an Differenzierung und Zwischentönen. So verrennt man sich in einen neuen Sonderweg. Das weckt schmerzhaft Erinnerungen.

Die Morde und Entführungen, die die Hamas am 7. Oktober verübt hat, sind widerwärtig und nicht zu rechtfertigen. Das Mitgefühl mit den israelischen Opfern sollte nicht an Bedingungen geknüpft oder aufgrund der Geschichte des palästinensischen Leidens abgetan werden.

Gleichzeitig müssen wir klarstellen, dass ein Gespräch über den Kontext nicht gleichbedeutend mit einer Rechtfertigung ist. Die [Hamas](#) ist in erster Linie ein Produkt der Besatzung, ihre Ideologie wird durch Vertreibung, Enteignung und Gewalt genährt, die die [Palästinenser](#) seit 1948 täglich erleben. Wenn man die Hamas vernichtet, wird etwas anderes an ihre Stelle treten, solange es keinen gerechten Frieden gibt.

Die Hamas rekrutiert viele Mitglieder unter Waisenkindern, die mit ansehen mussten, wie ihre Eltern von Israel getötet wurden. Die palästinensischen Terroristen der Organisation »Schwarzer September«, die 1972 das Massaker an israelischen Sportlern bei den Olympischen Spielen in München verübten, waren Waisen früherer israelischer Kriege. Jetzt schafft Israel eine neue Generation von Waisenkindern.

Das Szenario einer zweiten »Nakba« ist real

Die Palästinenser sterben zu Tausenden, und das Szenario der Zerstörung des gesamten Gazastreifens mit einer erzwungenen Massenvertreibung, einer zweiten [»Nakba«](#), ist sehr real. Namhafte Experten sind alarmiert, manche sprechen von einem Völkermord. Währenddessen kümmert sich die deutsche Politik um diskursive Triggerpunkte, zensiert »Free Palestine« und lässt die Palästinenser bis heute den Preis für Europas blutige Vergangenheit zahlen, indem sie Israel mit Verweis auf die eigene historische Schuld alles durchgehen lässt.

In diesem Monat hat Deutschland die Mittel für ein Programm zur Bekämpfung des Menschenhandels beim Zentrum für Rechtshilfe für ägyptische Frauen gestrichen, weil die Leiterin Azza Soliman Israels Krieg im Gazastreifen ablehnt. Soliman war 2020 mit dem Deutsch-Französischen Preis für Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit ausgezeichnet worden.

Hossam Bahgat, Leiter der ägyptischen Menschenrechtsorganisation EIPR, will die Zusammenarbeit bei Projekten mit der deutschen Regierung beenden, weil »Berlins Position bezüglich des Krieges große Zweifel an dem Raum gemeinsamer Werte zwischen Deutschland und Menschenrechtsaktivisten, Feministinnen und unabhängigen Medien in Ägypten aufkommen lässt«.

In der ganzen arabischen Welt verliert Deutschland gerade Verbündete, die sich bisher als Teil einer Wertegemeinschaft verstanden, die den Menschenrechten verpflichtet ist.

Es war schon lange klar, dass die liberale Ordnung und das Völkerrecht oft mit zweierlei Maß messen. In den ersten Tagen von Putins Einmarsch in die [Ukraine](#) war es ein Leichtes, eine Analogie zum besetzten Palästina herzustellen. Aber man erntete darauf nur schweigende Blicke, ein Schweigen, das Bände sprach.

"Die Formel sollte einfach sein: Palästinensisches Leben ist genauso heilig wie jüdisches Leben, jüdisches Leben ist genauso heilig wie palästinensisches Leben. Daran zu glauben, es auszusprechen und danach zu handeln, sollte nicht allzu schwer sein," schreibt Ali Amro.

Ein Fall von Doppelstandards

Die Doppelmoral ist unerträglich: In einem Fall befürwortet man die Entsendung von Waffen für den Widerstand gegen eine illegale Besatzung, während man im anderen Fall eine Besatzungsmacht, die fortlaufend illegal palästinensisches Land an sich reißt, militärisch, wirtschaftlich und moralisch unterstützt. Bestenfalls erinnert man Israel ab und zu, aber ohne jede Konsequenz, an die Einhaltung des Völkerrechts. Wenn es um die israelische Besatzung geht, gilt in Deutschland oft eine alternative Realität, die einem den Verstand raubt.

Jetzt ist angesichts der westlichen Unterstützung für offenkundige israelische Kriegsverbrechen im Gazastreifen der letzte Anschein von Universalität zerbrochen. Die Autokraten haben sich Notizen gemacht und sind bereit, die aktuellen Ereignisse künftig als Vorwand zu nutzen.

Die westliche Reaktion auf den israelischen Krieg im Gazastreifen ist ein unverdientes Geschenk für den russischen Machthaber [Wladimir Putin](#), auch im Globalen Süden wird so bald niemand mehr hinhören, wenn westliche Politiker auf das Völkerrecht pochen.

Ich hatte den Eindruck, dass der [Arabische Frühling 2011](#) eine willkommene Abwechslung für das deutsche politische Establishment war. Städte wie Tunis und Kairo strahlten Hoffnung aus und bereiteten Berlin weniger Komplikationen als Ramallah und Gaza-Stadt. Aber hier ist ein Punkt, den viele Regierungsvertreter übersehen: Der Konflikt mit Israel förderte den Aufstieg des arabischen [Autoritarismus](#) und die wachsenden Sicherheitsapparate der Region.

Er trug in den späten 1940er- und 1950er-Jahren zur Zerstörung der zerbrechlichen demokratischen Experimente in [Ägypten](#), [Syrien](#) oder dem [Irak](#) bei, und brachte die herrschenden Militärklassen hervor, die ihre Macht unter dem Vorwand der Verteidigung der Araber gegen die israelische Aggression ausbauten. Die ägyptische Offiziersrepublik entstand 1952 als indirekte Folge des arabisch-israelischen Krieges von 1948.

Umgekehrt waren die Protestbewegungen des Arabischen Frühlings 2011 auch inspiriert von palästinensischen Volksaufständen. Die aktuellen propalästinensischen Proteste in den arabischen Ländern vermischen sich manchmal auch mit anderen Forderungen, wie einem Ende der Korruption der eigenen Regime – weshalb die arabischen Regimes solche Proteste nicht gern sehen.

In gewissem Sinne ist die palästinensische Freiheit ein Gegenmittel gegen arabische Unfreiheit. Die palästinensische Frage ist für die arabische Öffentlichkeit zentral, und sie wird immer wieder die Illusionen zerstören, dass man sie ignorieren könnte.

Kommt es zum Bruch zwischen dem Westen und der islamischen Welt?

Die Ereignisse im Nahen Osten werden langfristige Folgen für die Weltpolitik haben. Denn aus Sicht der islamischen Welt unterstützen westliche Regierungen die israelische Belagerung und die Luftangriffe auf den Gazastreifen kritiklos.

Mehr Erinnerungskultur, nicht weniger

Wer sich mit deutschen Politikern zusammensetzt, kann produktive Gespräche über jedes beliebige arabische Land führen, von [Menschenrechten](#) bis zur Hochschulbildung. Wenn es jedoch um Israel und Palästina geht, sind die moralischen Sensoren plötzlich blockiert. Das spiegelt eine Verhärtung der Grenzen der Erinnerungskultur wider, die in ihrer Fixierung auf Israel, nicht unbedingt auf die Sicherheit der Juden, statisch geworden ist.

Es ist lobenswert, dass Deutschland sich mit seiner dunklen Vergangenheit auseinandersetzt. Die Schrecken und der Wahnsinn, die von Nazideutschland verübt wurden, müssen in Erinnerung bleiben. Der Welt würde mehr Erinnerungskultur guttun, nicht weniger davon.

Es gibt jedoch wichtige Kritik an der Entwicklung der Erinnerungskultur in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus ist zu einer Art Heiligsprechung Israels geworden, die »immun gegen historische und evidenzbasierte Argumente und blind für die Erfahrungen der Palästinenser unter der Besatzung« ist, wie es der israelische Historiker Alon Confino formuliert. Diese Entwicklung hat es ermöglicht, dass der Kampf gegen [Antisemitismus](#) teilweise vom rechten Flügel instrumentalisiert wurde.

Es ist höchst beunruhigend, wenn deutsche Politiker ein Interview des britischen Journalisten Piers Morgan mit dem britischen Rechtsaktivisten und Journalisten Douglas Murray teilen, in dem dieser behauptet, die Hamas sei schlimmer als die Nazis. Der Trend zur Relativierung der Nazis gegenüber der Hamas erfordert ein Innehalten und die Frage, wie der Diskurs an diesen traurigen Punkt gelangt ist.

Deutschland als moralischer Schiedsrichter

Die Redaktion des linken jüdisch-amerikanischen Magazins »Jewish Currents«: »Die Deutschen kontrollieren streng die Form des Jüdischseins und des Palästinensisch seins innerhalb ihrer Grenzen... Deutschlands erdrückende Umarmung der jüdischen Gemeinschaft innerhalb seiner Grenzen, mit oder ohne Beteiligung von Juden, sichert das deutsche Selbstbild als moralischer Schiedsrichter, während die Schuld des Landes auf Araber und Muslime abgewälzt wird.«

Es ist, als ob Juden und Araber zu Helden und Bösewichten gemacht werden, zu Karikaturen im deutschen »Gedächtnistheater« – ein Begriff, den der deutsch-jüdische Soziologe Y. Michal Bodemann in seiner Kritik der deutschen Erinnerungskultur geprägt hat. Das untergräbt die jüdisch-arabische Solidarität – etwa, wenn die Polizei in Berlin jüdische Demonstranten verhaftet, weil sie gegen den Krieg im Gazastreifen protestieren. Der Raum für solche jüdischen Stimmen ist sehr eng.

Die Aufforderung des Bundespräsidenten an Araber und Muslime, sich offiziell von Antisemitismus zu distanzieren, setzt voraus, dass Antisemitismus bei Arabern und Muslimen eine Art Standardeinstellung ist. Ungeachtet der Tatsache, dass 84 Prozent der antisemitischen Angriffe im vergangenen Jahr von der deutschen Rechten verübt wurden.

Doch das globale Narrativ verändert sich – und lässt Deutschland ins Hintertreffen geraten. Kürzlich weigerten sich belgische Transportarbeiter, für Israel bestimmte Waffen zu verfrachten, mit denen höchstwahrscheinlich palästinensische Zivilisten getötet würden. Glücklicherweise ziehen einige Parteien die richtigen Lehren aus der Geschichte. Die Blockade von Häfen ist nur eine von vielen Aktionen, die sich gegen die Komplizenschaft des Westens in diesem Krieg richten.

Protest gegen Israels Krieg

Aktivisten, Studenten, Gewerkschaften und ganz normale Bürger – Juden, Araber, Muslime, Christen, Atheisten und im Grunde jeder, dem das Überleben der Menschheit am Herzen liegt – mobilisieren für Protestaktivitäten, um Israels Kriegsmaschinerie zu bremsen. Werden sie Erfolg haben? Wenn ich eine langfristige Sichtweise einnehmen sollte, dann würde ich es mit den Worten des unitarischen Pfarrers Theodore Parker aus dem 19. Jahrhundert tun: »Der moralische Bogen des Universums ist lang, aber er neigt sich zur Gerechtigkeit.«

»Shar« ist das arabische Wort für das Böse im islamischen Glauben, aber eigentlich bedeutet es »unzureichend, unvollständig«. Der vollen Verantwortung eines Menschen nicht gerecht zu werden, bedeutet, weniger als vollständig zu sein. Mitgefühl und Barmherzigkeit sind solche verantwortungsvollen Eigenschaften, deren Fehlen das Versagen der Menschen widerspiegeln, als Menschen zu handeln. Die Formel sollte einfach sein: Palästinensisches Leben ist genauso heilig wie jüdisches Leben, jüdisches Leben ist genauso heilig wie palästinensisches Leben. Daran zu glauben, es auszusprechen und danach zu handeln, sollte nicht allzu schwer sein.

Ali Amro - © Qantara.de 2024

Der Beitrag ist zuerst am 1. Januar 2024 bei Spiegel Online erschienen.

Amro Ali ist ein ägyptisch-australischer Soziologe und Autor. Er hat an der University of Sydney seine Doktorarbeit geschrieben. Seine Spezialgebiete sind unter anderem die arabische Öffentlichkeit, mediterrane und globale Studien, soziologische Philosophie und politische Philosophie. 2021 ist sein viertes Buch »The Arab State« erschienen. Er lebt in Alexandria, Casablanca und Berlin.

Bewertung des Urteils des IGH zu Südafrika

Prof. Jeff Halper vom [ICAHD](#).

END ISRAELI GENOCIDE NOW!

IMMEDIATE CEASEFIRE IN GAZA!

FREE ALL ISRAELI HOSTAGES AND PALESTINIAN POLITICAL PRISONERS

<https://www.facebook.com/jeff.halper.5/posts/pfbid04MadDtQu81tQBcV6uj3fz48LyFxBBxqcdNF6gopAKGxJn7wih1A5oPzC8n8QHURL>

Hier ist eine Überarbeitung meines früheren Beitrags zur Entscheidung des IGH, in der Israel ein "plausibler Völkermord" bescheinigt wird. **Ich bleibe bei meiner Enttäuschung darüber, dass der IGH keinen Waffenstillstand angeordnet hat**, wozu er die Befugnis hatte, aber bei näherem Nachdenken (und Feedback) sehe ich auch positive Elemente, die nicht ignoriert werden sollten.

So möchte ich zunächst die Entscheidung des IGH begrüßen, die Argumente Südafrikas zu akzeptieren, dass Israel an einem "plausiblen Völkermord" beteiligt war und dass Israels Vorgehen in Gaza unter die Bestimmungen der Völkermordkonvention fällt. Ich begrüße auch die vorläufigen Maßnahmen, die der Gerichtshof auferlegt hat, indem er Israel anordnete:

- alle Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass in Gaza keine Handlungen stattfinden, die nach der Völkermordkonvention als völkermörderisch gelten
- sicherzustellen, dass sein Militär keine völkermörderischen Handlungen begeht
- die Aufstachelung zum Völkermord zu verhindern und zu bestrafen
- Ermöglichung und Erleichterung der Bereitstellung von Grundversorgungsleistungen und humanitärer Hilfe für die Bevölkerung des Gazastreifens
- die Zerstörung von Beweisen für Völkermord bei seinen militärischen Operationen zu verhindern und diese zu sichern und
- dem Gerichtshof innerhalb eines Monats über die Einhaltung der Maßnahmen Bericht zu erstatten.

All diese Maßnahmen sowie die ausführliche Erklärung des Gerichtshofs, warum Israel tatsächlich einen "plausiblen" und andauernden Völkermord begeht, geben uns allen die rechtliche Rückendeckung, auf ein tatsächliches Ende des israelischen Völkermords zu drängen, am unmittelbarsten in Gaza, ohne jedoch den andauernden Völkermord am gesamten

palästinensischen Volk zu vergessen, sei es im historischen Palästina oder in der fortdauernden Existenz der Palästinenser als Flüchtlinge.

Das Urteil des IGH ist daher von großer Bedeutung für den weiteren Kampf um die Rechte der Palästinenser. Unter dem Gesichtspunkt der unmittelbaren Notwendigkeit, die Bewohner des Gazastreifens vor dem Völkermord zu schützen, den sie derzeit erleben - die von den Südafrikanern geforderte dringende Anordnung eines Waffenstillstands - muss ich die Entscheidung des Gerichtshofs bedauern, diese vorläufige Maßnahme nicht zu erlassen. Die Verbote aller völkermörderischen Handlungen können nur dann die Einhaltung durch Israel sicherstellen, wenn sie durch einen verhängten Waffenstillstand verstärkt werden. Die bloße Aufforderung an Israel, "alle in seiner Macht stehenden Maßnahmen zu ergreifen, um die Bestimmungen der Genfer Konvention nicht zu verletzen" und dafür zu sorgen, dass seine Streitkräfte die Konvention nicht verletzen, ist in der Praxis nicht zielführend und unwirksam. Solange Israel von offen völkermörderischen Handlungen absieht - die es bereits begangen hat und nun abmildern kann -, tragen die Befehle wenig dazu bei, das tatsächliche Ende der Auswirkungen der Kriegsverbrechen, der Verbrechen gegen die Menschlichkeit und, ja, des Völkermords zu verhindern, die durch die laufenden Militäroperationen fortgesetzt werden.

B'tselem, Israels führende Menschenrechtsorganisation, stimmt dem zu.

Israels größte Menschenrechtsorganisation B'Tselem stimmt dem zu. "Die einzige Möglichkeit, die heute vom Internationalen Gerichtshof in Den Haag erlassenen Anordnungen umzusetzen, ist ein sofortiger Waffenstillstand", heißt es in einer veröffentlichten Erklärung. Es ist unmöglich, das Leben der Zivilbevölkerung zu schützen, solange die Kämpfe andauern".

In der Tat scheint der Subtext des IGH-Urteils zu lauten: Wir geben Ihnen, Israel, die Erlaubnis, Ihre militärische Kampagne in Gaza (mit ihren völkermörderischen Folgen, auch wenn keine neuen völkermörderischen Handlungen begangen werden) fortzusetzen, solange Sie von nun an von Handlungen absehen, die als völkermörderisch interpretiert werden könnten. Zwar kann der IGH seine Entscheidung in Zukunft revidieren, aber in Israel kann man den kollektiven Seufzer der Erleichterung bis nach Den Haag hören.

Das IGH-Urteil verdeutlicht den fatalen Fehler im internationalen Rechtssystem: wunderbare, durchdachte, mächtige Abkommen und Gesetze wie die UN-Charta, die Völkermordkonvention und die Vierte Genfer Konvention - die, wenn sie tatsächlich durchgesetzt würden, den Zusammenbruch der illegalen israelischen Besatzung herbeigeführt, das palästinensische Volk geschützt und uns die Instrumente an die Hand gegeben hätten, um Israels Kolonialregime zu zerschlagen. Stattdessen haben wir ein Rechtssystem, das mit einem extrem schwachen Durchführungssystem behaftet ist, das im Grunde die Gesetze selbst aushebelt.

Der IGH hat uns ein starkes rechtliches und moralisches Argument geliefert, um unsere Kampagne gegen den Völkermord in Gaza, wenn nicht sogar darüber hinaus, voranzutreiben. Was jedoch den tatsächlichen Schutz der Menschen in Gaza und die Rechenschaftspflicht Israels für sein Verbrechen des Völkermords angeht, hat der IGH den Ball an uns weitergegeben. Der Ball sollte natürlich bei unseren Regierungen liegen. Sie sind diejenigen, die die Verantwortung für die Durchsetzung des Völkerrechts tragen - eine Verantwortung, die sie nie wirklich übernommen haben und die sie ungestraft verletzen.

Es liegt an uns, das Urteil des Gerichtshofs, dass vor unseren Augen ein Völkermord stattfindet, aufzugreifen und das zu tun, was der IGH hätte tun können, aber nicht getan hat: unsere Regierungen zu zwingen, einen sofortigen Waffenstillstand zu verhängen. Wir müssen die Wächter sein, die nicht nur das Verbrechen des Völkermords, das Israels Angriff auf Gaza

darstellt, anprangern, sondern alle Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die Israel weiterhin begehen wird und die in den Prozess der militärischen Befriedung eingebettet sind. Wir müssen öffentlichen Druck auf unsere Regierungen ausüben - insbesondere auf die Vereinigten Staaten und Deutschland -, damit sie ihre massiven Waffentransfers einstellen und Wirtschaftssanktionen gegen Israel verhängen.

Und wir müssen uns bewusst sein, dass der Völkermord weitergeht. Wir müssen nicht nur einen Waffenstillstand und ein Ende des israelischen Völkermordes fordern, sondern Israel für die völkermörderische Situation, die es geschaffen hat und die auch nach dem Ende der Feindseligkeiten weiterbestehen wird, zur Verantwortung ziehen.

**BEENDEN SIE DEN ISRAELISCHEN VÖLKERMORD JETZT!
SOFORTIGER WAFFENSTILLSTAND IN GAZA!
FREILASSUNG ALLER ISRAELISCHEN GEISELN UND PALÄSTINENSISCHEN
POLITISCHEN GEFANGENEN**

Die DPG ist jetzt auch unter dpg_de auf Instagram zu finden.

Bitte

teilen, folgen, kommentieren und liken.

Monika Wilk

10.01.2024, 16.46 Uhr

Tochter des Krieges

Irrend, in brennenden Ruinen,
die Liebsten sterbend in den Trümmern.
Die Tränen?
Nur noch Rinnsale aller Verflrossenen.

Irrend, in zeretzter Kleidung.
Zeugnisse ewigwährender Qualen.
Ihr totes Baby beschützend im Arm,
als Halt.

Die Welt schaut gebannt:
„28 Babys aus stromlosen Brutkästen gerissen.“
Schutzlos, wie Vieh auf blanken Tischen
Die Welt schreit auf!
8 Babys gerettet!

Am Straßenrand im Nirgendwo,
nach Süd oder Nord gerieben,
ein irrendes Volk,
der Heimat seit 75 Jahren beraubt.
Beweinend ihrer Toten in Massengräbern.

O-Ton am 06.11.2023:
"Die Operation Schredder" beginnt."

Spende

Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V.

Kontoverbindung

IBAN: DE90 3706 0590 0000 3392 10

BIC: GENODED1SPK

Spende Zweck: Gaza – Palästina

Ende der Besatzung ist der Schlüssel für den Frieden